

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda bestellbar bestimmte Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.
Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage / Jugendpost. Druck und Verlag von Friedrich Max, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postfachkonto Amt Dresden Nr. 1521, Gemeindeverbandskassenzweig Bischofswerda Konto Nr. 64

Erhebungspreis: Jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmöndlich Nr. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 30 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445.
Den Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Abrechnung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erhalten von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 18

Dienstag, den 22. Januar 1929.

84. Jahrgang

Tageschau.

Die geplante Erhöhung der Biersteuer hat in Bayern einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die Bayerische Volkspartei droht mit dem Austritt aus der Regierungsmehrheit.

Der Sachverständigenausschuss ist mit der Ernennung Owen Youngs und Morgans als Vertreter Amerikas, die am Sonnabend durch die Reparationskommission in Paris erfolgte, endgültig gebildet.

Am Sonnabend und Sonntag fand in Magdeburg eine Zählung des Stahlhelms statt, an der etwa 6000 Stahlhelmsführer aus dem ganzen Reich teilnahmen. Auf dieser Tagung wurde das Stahlhelm-Vollbegehren proklamiert.

Bei der Stichwahl in Kolmar legte der autonomistische Kandidat Gauß mit 10 251 Stimmen. Sein Gegenkandidat (Ersatzliche nationalsozialistische Partei) Kobb Hausler, erzielte 6303, und der Kommunist Dürschell 1011 Stimmen.

Kaman Wah hat in einer Radiodepeche aus Kandahar seine Abdankung zurückgezogen. Er forderte alle lokalen Afghanenstämme auf, sich unter seiner Fahne zu sammeln.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Hugenberg auf dem Deutschnationalen Parteitag in Dresden.

Am Sonntag fand in Dresden der Deutschnationale Parteitag für Ostachsen statt, der seine besondere Note durch das Erscheinen des neuen Parteiführers, Geheimrat Hugenberg, erhalten hatte. Kein Politiker ist in Deutschland, der von allen Seiten so umstritten, der so verhasst und verlästert worden wäre als rücksichtsloser Diktator und schlimmer Bruder der Blutrotter. Da tritt er ans Rednerpult, schlicht und einfach im Wesen, so gar nicht Gewaltmensch. Jubelnder Beifall begrüßt ihn — von vornherein eine starke Welle von Verehrung und Vertrauen, die ihm aus der Partei entgegenflutet. Und dann spricht er und wird in der Rede zum Führer. Zwar schließt auch und anspruchslos im Sprechen, ohne Hasten nach oratorischen Effekten, aber fesselt und überzeugend durch die Klarheit des Vortrags und die Sachlichkeit seines Inhalts. Kein Anflug an Agitation, nur der belorgte Ernst ist in seiner Rede, der sich aus dem Thema ergibt.

Ueber den Verlauf der Versammlung ist zu berichten: In dem mit schwarzweißroten und weißgrünen Fahnen, Blattpflanzen und den Büsten Bismarcks und Hindenburgs geschmückten Saale des Vereinshauses hielt der Landesverband Ostachsen der Deutschnationalen Volkspartei am Sonntag seinen Parteitag ab. Unter den Teilnehmern sah man eine größere Zahl von Reichstagsabgeordneten, auch Wirtschaftsminister Dr. Krug v. Nidda und v. Falkenstein war anwesend. Der Landesverbandsvorsitzende Rittergutsbesitzer von Büttchau sprach die Begrüßungsworte, die besonderen Beifall fanden, als er den Parteivorsitzenden Geheimrat Dr. Hugenberg willkommen hieß. Der Redner betonte dabei, in der Zeit des Klassenkampfes, des Parteigegens und der parlamentarischen Mißwirtschaft sei es für die Partei doppelt notwendig, die Reihen zu schließen, den Gefahren ins Auge zu sehen und den festen Willen zu zeigen, dem Führer zur Seite zu stehen, um ihm bei der Entfaltung des nationalen Widerstandes zu helfen. Der Parteitag solle beitragen, den Entschluß nach dem Worte des Freiherrn v. Stein zu festigen: „Nur die Nation kann wieder frei werden, die den eisernen Willen dazu aufbringt.“

Der Vorsitzende der deutschnationalen Landtagsfraktion, Präsident Dr. Ebert,

hielt dann den ersten Vortrag. Er übte Kritik an der Weimarer Verfassung, die jetzt schon einen Bund zur Erneuerung des Reiches entstehen ließ. Immer deutlicher zeige es sich, daß Bayern mit der Forderung der Rückkehr zum alten Bundesstaatsystem ehelicher sei und auch richtiger handele als die Gegenseite. Diese versuche, Länder und Gemeinden ihrer Verantwortung zu berauben und innerlich ungesund zu machen, um damit zur „Reife“ für den Einheitsstaat zu kommen. Am Ende dieses Weges stehe aber keineswegs die Befreiung, sondern ein Bantritt. Ganz besonders zu verurteilen sei es, daß man den Gemeinden mit der steuerlichen Verantwortung die Selbstverwaltung genommen habe. Gemeindeversammlungen seien seitdem eigentlich nur noch eine formale oder vielmehr tragikomische Veranstaltung. Die Gewalt könne wohl, wie die Reichsverfassung sage, vom Volke ausgehen, aber nur in

den kleineren Gemeinden, wo man sich untereinander kenne und die Wirkung von Entschlüssen übersehen könne. Diese Volkskraft habe man mit dem Raub der Selbstverwaltung ausschaltete. Wenn man jetzt von leistungsfähigen Ländern spreche, so solle man ihnen doch ihre Steuerhoheit wiedergeben und sie mit in Berlin beschlossenen Lasten versehen. Dann werde man sehen, daß plötzlich die Leistungsfähigkeit wieder da sei. Auch vom sächsischen Standpunkt aus müsse der „Berliner Segen“ des Einheitsstaates abgelehnt werden; die verschiedenen Konflikte mit dem Reich hätten ja den rechten Vorgeschmack davon gegeben, wie man mit den sächsischen Wirtschaftsinteressen umspringen möchte. Zum Schluß legte der Redner ein klares Bekenntnis zur Monarchie ab und betonte, nicht das Geld dürfe Führer des Volkes sein, nach Pflichten müsse man die Welt teilen.

Die Aussprache eröffnete

Minister Dr. Krug v. Nidda,

der sich mit einigen praktischen Fragen der sächsischen Politik beschäftigte. Er erklärte, die Beteiligung der Partei an der Regierung habe sich als richtig erwiesen. Wirkliche Erfolge könne eine Partei nur in praktischer Arbeit erzielen. Das sei geschehen, auch im Interesse der Landwirtschaft.

Hg. Grelmann schilderte kurz die Tätigkeit der Landtagsfraktion. Sie habe, nachdem sie einmal in die Regierung eingetreten sei, sachlich und loyal mitgearbeitet, und an dem von einigen Koalitionsparteien beliebten Krisenpiel habe sie sich nicht ein einziges Mal beteiligt. Im Kampfe für die christliche und nationale Einstellung des Volkes habe die Partei auch im Landtage in vorderster Linie gestanden. Zum Schluß gedachte der Redner der verstorbenen Fraktionsmitglieder Hofmann und Fagenstücher.

Frau Landtagsabgeordnete Büllmann sprach über die Räte der Jugend und hob die Aufgaben hervor, die der Frau daraus gestellt werden. Synodus Tögel stellte Forderungen für die Kommunalpolitik auf. Reichstagsabg. Hartmann betonte, wir müßten gute Deutsche, aber auch gute Sachsen bleiben. Reichstagsabgeordneter Domich übte scharfe Kritik an verschiedenen parlamentarischen Erscheinungen.

Von lautem Beifall begrüßt, ergriff dann

Geheimrat Dr. Hugenberg

das Wort. Er betonte, es gebe zwei Arten, Politik zu treiben, man könne die Fehler der Verfassung ausnützen und mißbrauchen, oder man könne nur im Interesse der Sache arbeiten. Er wolle es mit der Politik der Pflicht halten und bitte dabei um die Unterstützung der Partei. Heute wolle er sich nur mit

der Lage der Landwirtschaft und dem Dawesproblem befassen. Die Frage des Seins oder Nichtseins des deutschen Bauern sei so ernst geworden und habe sich so zugespitzt, daß sie nicht mehr ein Handelsobjekt bei der Bildung und Führung von Koalitionen bilden dürfe, sondern als eine deutsche Frage unter die selbstverständlichen Voraussetzungen des Wiedereinstimmens irgendeiner Koalition zu zählen sei. Bei einer neuen Rechtskoalition müsse Gewähr gegeben sein, daß auf allen Gebieten gründlich Besserung geschaffen werde, sonst dürfe die Deutschnationale Partei keine Koalition mitmachen. Lebensbedürfnisse der Landwirtschaft seien: 1) Eine zielbewusste, den inneren Markt sichernde und die Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft wiederherstellende Wirtschaftspolitik. 2) Eine wirtschaftliche Organisation der Landwirtschaft, die ihr den gebührenden Platz innerhalb der gesamten Wirtschaft zurückgibt. 3) Eine Lösung der Realcreditfrage.

Dr. Hugenberg schilderte dann Inhalt und Entwicklung des Dawesvertrages in großen Zügen und führte weiter u. a. aus: Der Weltkrieg hat eine große Frage nicht nur nicht gelöst, sondern geradezu in den Mittelpunkt der Gefahren gestellt. Heftig nannte sie die deutsche Frage, der nächsten ins Auge zu sehen der Welt nicht erparit bleiben könne. Das Ergebnis des Krieges hat einen Teil der Weltmaschine in einen erbärmlichen und gefährlichen Zustand versetzt — nicht nur Deutschland und Mitteleuropa, sondern auch Rußland und Südosteuropa, die wieder ohne Deutschland und Mitteleuropa nicht in Ordnung kommen können. Was den Friedensverträgen und der Politik der letzten Jahre zugrunde liegt, ist der unsinnige Gedanke, einen Pestherd neben sich schaffen zu wollen, selbst aber von Ansteckung frei zu bleiben. Darüber lacht der böse Geist der Menschheit, der sich heute in den

Bolschewismus

verleibet hat. Die „Welt“ beurteilt ihn falsch, wenn sie ihn als brillante Konzeptionsleistung ansieht. Er ist eine Krise des Industrialismus der Welt. Vielleicht eine Krise unserer Kultur. Er ist eine weltliche Errettung des modernen Großstadtmenschen,

die überall in der Welt vorhanden ist, auch da, wo es noch keinen politischen Bolschewismus gibt. Er ist der Beginn eines zunächst weltlichen und dann erst äußeren Zusammenbruchs. Mit dieser Gefahr wird die Welt ohne Deutschland nicht fertig. In der deutschen Sozialdemokratie sitzt eigentlich derselbe Geist der Zerlegung, aber der gesunde starke Sinn des deutschen Volkes, auch des sozialistischen deutschen Volksteiles, sträubt sich gegen die Folgerungen, gegen ein Zuwendebenten dieser Krankheit. Er glaubt einstweilen noch Unmögliches miteinander vereinigen zu können und kämpft gegen die Auswirkungen des Giftes, das er täglich neu versüßt. Die „Welt“ versteht diesen Kampf nicht. Sie will die allmähliche Unterjochung der deutschen Widerstandskraft nicht sehen, weil diese Einsicht bedeute, daß der Friede von Versailles zu Boden sinkt.

Zur Veranschaulichung des wirklichen Lebensstandes schwärzen ungeheure Lügen durch die Welt. Weder ist Deutschland selbst irgendwie an all diesen Lügen beteiligt, weil es nicht den Mut zur Wahrheit hat. Es bleibt nichts übrig, als heute ganz offen und rücksichtslos zu sprechen. Ich nenne nur die Lüge des steigenden deutschen Wohlstandes, die Lüge der deutschen Zahlungsfähigkeit, die Lüge der Sicherheit der deutschen Währung. Ich nenne noch den Wahn, mit dem der Privatkapitalist des Auslandes, der sein Geld an Deutschland gibt, damit Deutschland Reparationen zahlen kann, sich über die Sicherheit seines Kapitals beruhigt. Er meint, im entscheidenden Augenblick, nach Zerreißen aller Schleier und Lügen, wenn der wahre Stand der deutschen Dinge zutage tritt, wenn Deutschlands „Kapital“, Deutschlands Güter und Fabriken, „Wald und Eigentum der Welt“ gemordet sind — werde die Welt die erwachende Masse Deutschlands durch Fernhaltung der Reparationszufuhr im Zaum und von der Festsicherung des „Eigentums der Welt“ abhalten können! Als wenn in solchen Augenblicken der Mensch noch rechnet!

Der Dawesplan soll ja angeblich ein Werkzeug zur wirtschaftlichen Wiedergeburt Deutschlands sein. Wenn das die Meinung aller Mitwirkenden gewesen wäre, hätte man ihn ganz anders gemacht. Heute sieht der Dawesplan so aus, daß er zwei Wege laufen kann. Er steht sogar vor einer Doppelwelle.

Er kann einen Weg laufen, der beim Sturz des Friedens von Versailles und der Rettung der „Welt“ endet.

Frankreich kann ruhig sein; wir wissen, daß unsere Zukunftshoffnungen, wenn wir noch welche haben, nicht im Westen liegen. England kann ruhig sein; wir wissen, daß wir den Weltmarkt nicht mehr gewinnen können, sondern daß unsere Politik auf die Stärkung unseres inneren Marktes gerichtet sein muß. — Der Dawesplan kann aber auch einen anderen Weg laufen, nämlich den der

Befestigung der Bolschewisierung Deutschlands.

Der Weichensteller in diesem kritischen Augenblick der Weltgeschichte ist — Amerika. Amerikas augenblicklicher Vertreter ist Carter Gilbert. Soll das alles, was jetzt geschieht, auf ein anständiges, ehrliches Auslösen eines verlorenen Krieges hinauslaufen oder auf die Begründung einer neuen Sklaverei? Soll es in Zukunft in der Weltgeschichte heißen:

1929 verlor Amerika in Europa die Sklaverei endgültig einzuführen?

Das wäre auf die Dauer trotz allen ersten Wirtschaftssozialistischen Versprechungen der Welt ein vergebliches Unterfangen. Es gibt Methoden für Neger und Indianer. Ein Volk wie die Deutschen vor solche Zukunft gestellt, wird sich, trotz aller scheinbaren Geduld und Verbundenheit, schließlich aus dem Intinkt seiner Rassen heraus lieber unter den brennenden Trümmerhaufen begraben, dessen Flammen die nahe und ferne Umgebung entzündet.

Am Ende seiner Rede erwähnte der Redner das „Bürgertum“, in solchen großen Augenblicken der Geschichte die kleinen Kengle zu vergessen und für die Freiheit von Volk und Vaterland, für die Freiheit von Kindern und Kindeskindern die Kräfte zusammenzufassen.

Die klar durchdachte und ebenso vorgedragene Rede gertum“ in solchen großen Augenblicken der Geschichte die Versammlung einer

Entscheidung

zu, in der es heißt:

„Die Deutschnationale Volkspartei Ostachsen steht den kommenden Reparationsverhandlungen mit erster Sorge entgegen. Die Kriegsschuldfrage gemäß Art. 231 des Versailler Vertrages darf nicht mehr als Grundlage der feindseligen Ansprüche angesehen werden.“

Die Deutschnationale Volkspartei fordert sofortige durchgreifende Maßnahmen, um dem Verfall der deutschen Wirtschaft Einhalt zu gebieten. Halbe Mittel sind nutzlos. 27 dringende Maßnahmen wird höchster Widerstand gegen die 5 verbindlichen Forderungen gebietet, die auch deutl...